

Millionen Tonnen CO₂

Zu: „Belohnung für mehr Flugverkehr“, FR-Region vom 21.12.

Laut Fraports Nachhaltigkeitsbericht 2019 wollte der Flughafenbetreiber seine betriebsbedingten CO₂-Emissionen von 170 000 Tonnen (2018) bis 2030 auf 75 000 Tonnen reduzieren und bis 2045 sogar auf null absenken. Dieses ambitionierte Projekt ist zu begrüßen. Allerdings kommen, wie die FR berichtete (10.8.), noch mal aktuell 1.118 Mio. Tonnen CO₂ dazu, die durch die landenden und startenden Flugzeuge bis 3000 Fuß verursacht werden. Damit nicht genug. Nach dem amtlichen Bericht zur Treibhausbilanz des Landes Hessen produzierte der internationale, auf den Flughafen Frankfurt bezogene Luftverkehr, also alles über 3000 Fuß, im Jahre 2019 weitere 14 Mio. Tonnen CO₂. Um das Märchen vom „grünen“ Flughafen glaubhaft erscheinen zu lassen, erklärt Fraport einfach, die luftverkehrsbedingten CO₂-Emissionen hätten ja nicht sie, sondern die Fluggesellschaften zu verantworten. Dabei beruht ihr komplettes Geschäftsmodell gerade darauf, Flugzeuge in die Luft und wieder auf den Boden zu bringen. So einfach kann man sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Das Verhalten von Fraport erinnert doch stark an einen Bordellbesitzer, der lautstark verkündet, demnächst zölibatär leben zu wollen, seinen lukrativen Betrieb aber auf jeden Fall weiterführt. Hans Schinke, Offenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet.

Lesen Sie: frblog.de/f20250108

Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

Überlastete Tierheime

Zu: „Tiere sind keine Geschenke zum Fest“, FR-Region vom 21.12.

Für uns als jahrzehntelange Halter von Katzen mit Freigang ist es unabdingbar, diese nur kastriert und mit Kennzeichnung zu betreuen sowie auch die Verantwortung für eine lebenslange, adäquate Pflege zu übernehmen. Wie schon oft vom Tierschutzbund gefordert, ist es an der Zeit, dass der gesetzliche Rahmen dafür umgehend geschaffen wird, um die Anschaffung von Tieren in die Hände verantwortungsvoller Menschen zu legen. Lebende Tiere sind keine Plüsch- und Kuscheltiere!

Die Tierheime in allen Kommunen sind mit der Flut freigelasener und grundlos abgegebener Tiere – meist Katzen – personell und finanziell überlastet; übrigens auch eine Folge der Pandemie. Das ist wirklich kein Riesensatz für eine Kommune. Leider haben wir derzeit eine Zeitenwende, in der die Beschaffung von todbringenden Waffensystemen und Stationierung von Raketen zur Massenvernichtung mit milliardenschweren Sondervermögen wichtiger ist. Welche Welt hinterlassen wir unseren Kindern, die uns ja auch kaum noch am Herzen liegen?

Mir kommt eine Aussage von Mahatma Gandhi in den Sinn: „Die Größe und den Fortschritt einer Nation kann man dran messen, wie sie ihre Tiere behandelt.“

Hans-Joachim Harnack, Idstein

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büge liest im Friseursalon unter dem Motto „Süß und spannend“ aus seinem Offenbach-Krimi „Die kalte Erika“. Es gibt Honig aus eigener Imkerei. Gläser für Getränke bitte selbst mitbringen. Eintritt frei.
Freitag, 10. Januar, 19 Uhr
Coiffeur Harwarth
Senefelderstr. 6, Offenbach

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 23.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte u. Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen.
Freitag, 24. Januar, 19 Uhr
Kulturzentrum „Rotunde“
Am Kulturgleis 3-5, Bochum

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen.
Donnerstag, 30.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Wir erleben eine neue Diplomatie

Israel: „Kritik an Berlins Botschafter“, FR-Politik vom 28.12.

Eine Vermutung drängt sich auf, wenn man die Kurznachricht in der FR liest. Berlins Botschafter in Tel Aviv, Steffen Seibert, wird von Israels Regierung einbestellt, weil er mehrfach in öffentlichen Verlautbarungen auf Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der israelischen Armee im Gazastreifen hingewiesen hat. Gibt es hier etwa eine Rollenaufteilung zwischen deutschem Außenministerium und Botschafter? Anstelle der Außenministerin spricht der Botschafter. Für sie ist es zu riskant, die Vergehen zu verurteilen. Bei ihren vielen Besuchen in Israel hat sie es wahrscheinlich im diplomatischen Gespräch getan. So will man hoffen. Nun also der kluge und aufrechte Botschafter.

Man wird Zeuge einer neuen Art von Diplomatie: Früher war es die Aufgabe des Botschafters, in vertraulichen Mitteilungen an sein Entsendeministerium über die Lage im Land an seine Regierung zu berichten. Neuerlich verkündet der Botschafter, was seine Regierung an Israels Regierungshandeln kritisiert. Früher fasste eine Außenministerin nach Gesprächen in einer „aide mémoire“ zusammen, was sie als künftige Richtschnur in den Beziehungen einforderte. Dieser



Demonstration in Tel Aviv gegen die Regierung Netanjahu am 4. Januar. DPA

Weg wird versperrt durch eine Mehrheit im deutschen Bundestag, die in wiederholten Resolutionen Kritik und Verurteilung am Netanjahu-Regime verbieten will.

Statt solcher diplomatischer Pirouetten wäre der deutschen Regierung zu empfehlen, alle Waffenlieferungen nach Israel zu untersagen. Das ist die einzige Sprache, die man derzeit in der Netanjahu-Regierung mit ausgewiesenen Rassisten versteht. Die Voraussetzung

für die Waffenhilfe, dass Israel einen Verteidigungskrieg führt, entfällt. Denn spätestens nach dem Sieg über die Hisbollah und dem Sturz des Assad-Regimes ist Israel nach der Türkei zur stärksten Militärmacht in Nahost geworden. Seine derzeitigen Militäreinsätze sind Vergeltungs- und Eroberungskriege, z.B. in Richtung Syrien ohne Respektierung der von den UN eingerichteten Sicherheits- und Friedenszonen. Dieter Reitz, Mainz

Es besteht dringender Handlungsbedarf

Fernwärme: „Keine Lösung für alle“, FR-Wirtschaft vom 18. Dezember

Die aktuell üppigen Wärmepumpen-Förderungen werden im neuen Jahr wohl gestrichen. Gas wird unerschwinglich teuer. Herr Zwingmann und Verbraucherzentralen warnen vor dem Weiterbetrieb oder gar der Neuanschaffung von Gasheizungen. Fast alle Parteien haben in ihren Programmen angekündigt, das „Heizungsgesetz“ abzuschaffen, zumindest die Förderung erneuerbarer Energien. Für Millionen Menschen und Unternehmen bedeutet dies einen neuen Heizungsschock und weitere Verunsicherung. Gasheizungen sollen wohl aus politisch niederen Beweggründen wieder schmackhaft gemacht werden.

Wie kommen wir ohne staatliche Förderung vom nicht mehr bezahlbaren Gas weg? Es droht eine Vollbremsung für Investitionen in Wärmepumpen plus erhebliche Preisexplosionen bei Gas und Fernwärme. Das gilt auch für kommunale Fernwärmekraftwerke, die weiter Gas einsetzen. Das alte Gebäudeenergiegesetz der Vorgängerregierung tritt wieder in Kraft und verbietet den Betrieb von Ölheizungen ab 2026.

Dass Vertreter der Fernwärmeunternehmen Photovoltaik schlechtreden, verwundert nicht. Dabei besteht mit Photovoltaik erstmals die Chance, dass sich Menschen ihre Energie für Haus,

Wärme und E-Mobilität zu großen Teilen selbst herstellen und speichern. Fernwärme liefert eben keinen Strom. Besonders für fast zwölf Millionen Bestandsgebäude, die vor 1977 gebaut wurden, besteht dringender Handlungsbedarf. Die Lage ist aber nicht so hoffnungslos, wie im Artikel beschrieben. Der Photovoltaik-Anteil im Winterbetrieb beträgt mindestens 30 Prozent, nicht null, wie im Artikel behauptet. Die Wärmepumpenleistung hat sich erhöht. Für Privatpersonen und Unternehmen existieren wirtschaftlich sinnvolle, finanzierbare und technisch ausgereifte erneuerbare Alternativen.

Jürgen Eiselt, Frankfurt

Die Ukraine hat sich friedlich verhalten

Friedensfragen: „Wie stehen die Chancen für Verhandlungen?“, FR-Politik vom 11. Dezember

Das Interview mit Angelika Wilmen hat mir bestätigt, dass mein Austritt aus der IPPNW richtig war. Seit 1983 war ich Mitglied und an vielfältigen Aktionen beteiligt, obwohl merkbar war, dass sich die Friedensnobelpreisträgerin von 1985 allmählich von ihren Zielen entfernte und immer einseitiger ausschließlich westliche Fehler verurteilte.

Leitmotiv der Ärzteorganisation ging über die atomare Bedrohung hinaus: „Unsere Aufgabe als Arzt oder Ärztin ist, jede Bedrohung für Leben und Gesundheit abzuwenden, erdumspannend und über alle politischen und gesellschaftlichen Systeme hinweg.“

Ukraine überfallen hat (die übrigens ihre Atomwaffen abgegeben hat – mit Zusage der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen), fast alle Nachbarländer infiltriert und fünftens mit Atomwaffen droht. Wie kann Frau Wilmen diese expansive Politik ignorieren? Eine Friedensorganisation sollte unsichtig verschiedene Aspekte in Haltung und Handeln einbeziehen. Die IPPNW hat mit ihrer einseitigen Haltung diesen Anspruch aufgegeben. Damit verliert sie noch mehr an Bedeutung.

Dr. Amei Gnädiger-Mezger, Ritterhude

Im eigenen Mikrokosmos

Zu: „Demokratisch bleiben“, FR-Meinung vom 31. Dezember

Die Analyse von Kristina Dunz spielt den Ball noch nicht weit genug. Zum einen könnten auch Medien wie die gerne totgesagten immer noch eine sehr wichtige demokratische Funktion ausübenden Tageszeitungen wesentlich mehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, indem sie zum Beispiel in regelmäßigen Abständen direkt vor Ort aus ärmeren Quartieren berichten und damit den dortigen Menschen eine hörbare öffentliche Stimme geben.

Zum anderen gibt es auch entscheidende Gründe, warum die Populisten von rechts und von links gerade in den letzten Jahren in Deutschland so massiv erstarkt sind, die insbesondere darin bestehen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung den Eindruck hat, dass wichtige soziale Probleme wie etwa bei den rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten von der Politik überhaupt nicht richtig wahrgenommen und eher ignoriert werden.

Deshalb muss sich in der „Hauptstadtblase Berlin“ vor allem der Blickwinkel ändern, wo sich viel zu viel nur um den eigenen Mikrokosmos dreht!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Jetzt müssen Taten folgen

Nassauische Heimstätte: „Appell für Bau-Turbo“, FR-Region v. 7.12.

Es ist gut, dass die Nassauische Heimstätte (NH) dieses Jahr besonders viele Wohnungen baut. Noch besser wäre es, sie würde mehr Sozial- und andere geförderte Wohnungen bauen, anders als im Schönhofviertel in Frankfurt, wo sie 269 Eigentumswohnungen zu 7000 Euro pro Quadratmeter vermarktet (die Frankfurter Rundschau hat am 16. Oktober 2024 darüber berichtet, Anm. d. Red.).

In Hessen hat sich der Bestand an Sozialwohnungen seit 2007 halbiert. Derzeit fehlen etwa 80 000 Sozialwohnungen. Die Mieten auf dem Wohnungsmarkt steigen ständig, so dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger auf geförderte Wohnungen angewiesen sind oder Wohngeld beantragen müssen. Statt ständig mehr öffentliche Mittel für Wohngeld auszugeben, wäre es sinnvoller, mehr geförderte Wohnungen zu bauen.

„Wir wollen die Investitionen in den geförderten Wohnungsbau erhöhen“, so wurde es im Koalitionsvertrag der Hessischen Landesregierung festgelegt. Es wird Zeit, dass dem Taten folgen und die Nassauische Heimstätte finanziell entsprechend ausgestattet wird.

Außerdem sollte die Nassauische Heimstätte beauftragt werden, statt Eigentumswohnungen solange Sozial- und andere geförderte Wohnungen zu errichten, bis der Bedarf in Hessen gedeckt ist. Inge Fichter, Frankfurt